

*Prof. Dr. Claudia Landwehr*

# **Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland**

---

Folie Nr. 1  
Datum 08.01.2018

Institut für Politikwissenschaft  
Univ.-Prof. Dr. Claudia Landwehr

- Historische Entwicklung der deutschen Wirtschaftsordnung
- Soziale Marktwirtschaft
- Grundgesetz und Wirtschaftsordnung
- Ziele von Wirtschaftspolitik
- Deutsche Sozialordnung: Sozialstaatsgebot und Grundnormen der deutschen Sozialpolitik
- Das Bismarcksche Sozialversicherungssystem als Kern des deutschen Sozialstaats

# Historische Entwicklung der deutschen Wirtschaftsordnung

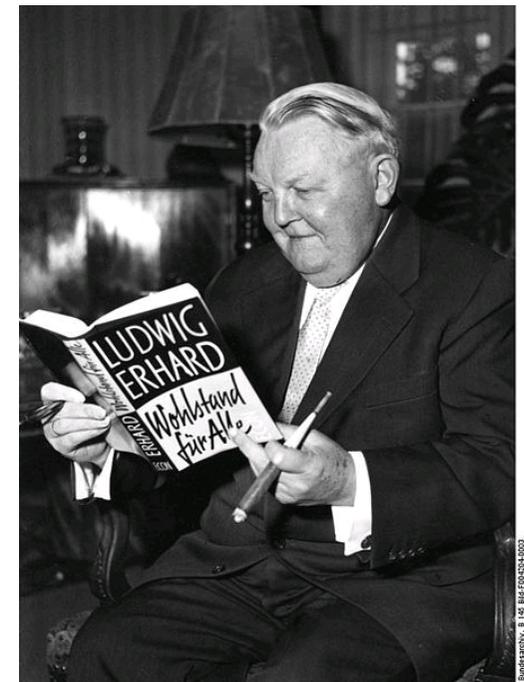
- Preußen und das Kaiserreich
- Weimarer Republik
- Nationalsozialismus und 2. Weltkrieg
- 1945: „Stunde Null“
- Rekonstruktion, Wirtschaftswunder (ca. 1949-1973) und „Soziale Marktwirtschaft“

## Was bedeutet „Soziale Marktwirtschaft“?

- Theoretisches Modell und wirtschaftspolitische Leitidee
  - Walter Eucken: Ordoliberalismus
    - Fokus auf staatliche Wettbewerbspolitik: Staat schafft und sichert Markt und Wettbewerb
  - Alfred Müller-Armack: Soziale Marktwirtschaft
    - Zusätzlich: sozialer Ausgleich
- Die Wirklichkeit der sozialen Marktwirtschaft

## Was bedeutet „Soziale Marktwirtschaft“?

- Theoretisches Modell und wirtschaftspolitische Leitidee
- Die Wirklichkeit der sozialen Marktwirtschaft
  - Wirtschaftsminister (1949-63) und Bundeskanzler (1963-66) Ludwig Erhardt
  - „Freiheit oder Sozialismus“: Soziale Marktwirtschaft als Gegenentwurf der CDU/CSU zum demokratischen Sozialismus der SPD
  - „dritter Weg“?



## Legt das Grundgesetz die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik fest?

- **Artikel 9 (3):**
  - „Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.“
- **Artikel 12 (1):**
  - „Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“
- **Artikel 14:**
  - (1) „Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.“
  - (2) „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll immer zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

## Legt das Grundgesetz die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik fest?

- **Artikel 20:**
  - „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und **sozialer** Bundesstaat.“

## Legt das Grundgesetz die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik fest?

- Art. 9 (Vereinigungsfreiheit), 13 (Berufsfreiheit), 14 (Recht auf Eigentum) schließen eine sozialistische Planwirtschaft aus
- Art. 20 schließt eine unregulierte Marktwirtschaft aus
- **Wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes:** zwischen den Extremen sind viele unterschiedliche Wirtschaftsordnungen denkbar
- Wirtschaftspolitik ist Gegenstand demokratischer Entscheidungen

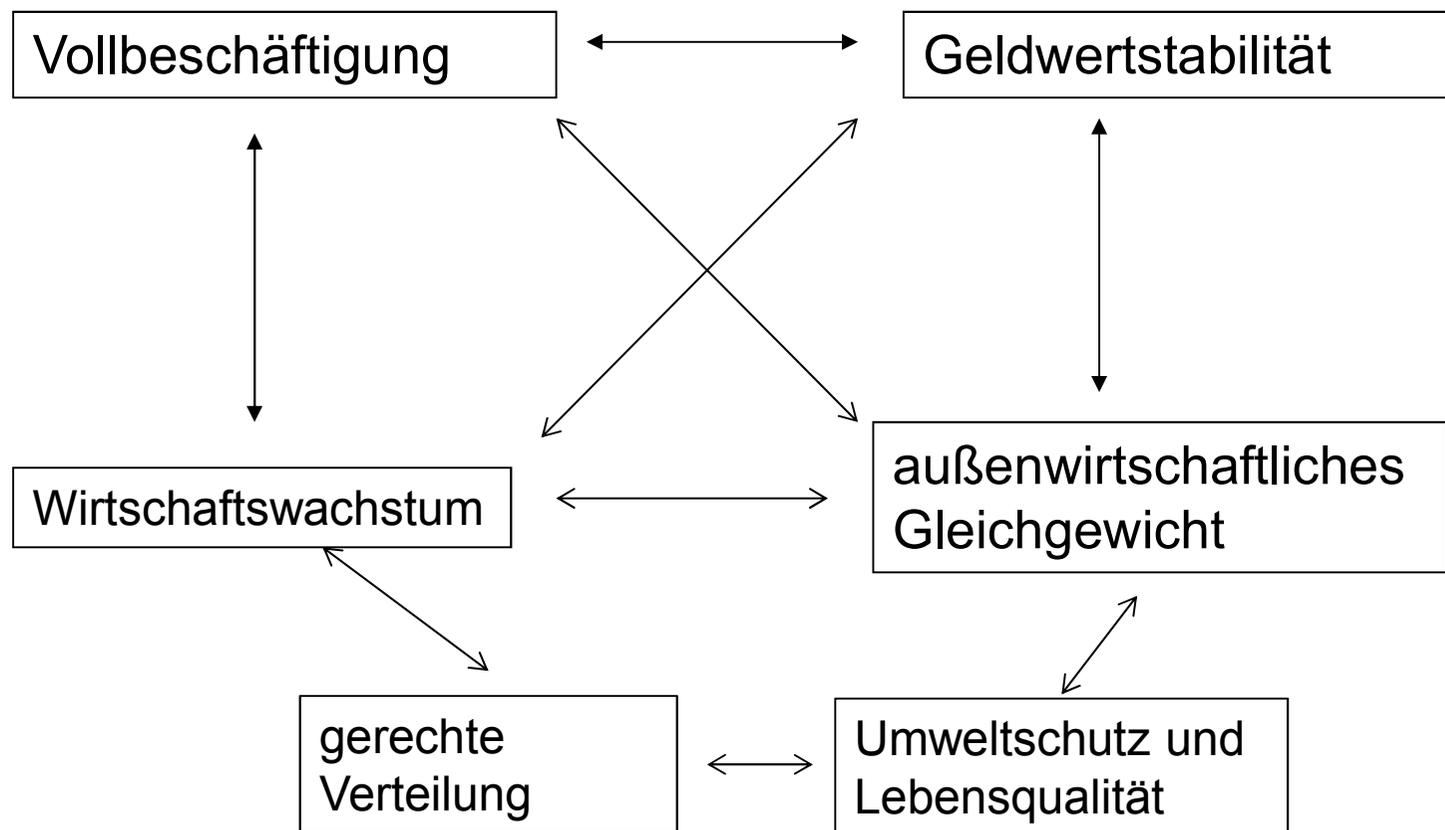
# Regierungssystem und Wirtschaftsordnung

- Wirtschaftspolitik im Bundesstaat: Mehrebenenpolitik und Politikverflechtung
  - Mitwirkung des Bundesrates in der Bundesgesetzgebung
  - Landesrecht in der Wirtschaftspolitik
  - Bundes- und Landesbehörden (Kartellämter, Regulierungsbehörden)
- Europäisierung der Wirtschaftspolitik
  - Gemeinsamer Binnenmarkt
  - Europäische Wettbewerbspolitik
  - Wirtschafts- und Währungsunion

## Ziele von Wirtschaftspolitik

- „Stabilitätsgesetz“ (1967)
  - § 1: „Bund und Länder haben bei ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beachten. Diese Maßnahmen sind so zu treffen, dass sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur **Stabilität des Preisniveaus**, zu einem **hohen Beschäftigungsgrad** und **außenwirtschaftlichem Gleichgewicht** bei **stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum** beitragen.“

## Vom „magischen Viereck“ zum Sechseck



## Wirtschafts- und Sozialordnung

- **Sozialstaatsgebot** - Art. 20 (1) GG: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“
- Interpretation:
  - Der Staat (Regierungen) *können* mit sozialpolitischen Maßnahmen in die Wirtschaft eingreifen.
  - Die Würde des Menschen (Art 1 GG) ist durch die Sicherung eines soziokulturellen Existenzminimums zu schützen.
  - Extreme Unterschiede in Einkommen und Vermögen können durch staatliche Eingriffe korrigiert werden (Art 14 GG, „Eigentum verpflichtet“)

## Grundnormen der Sozialpolitik in Deutschland

- Eigenverantwortung
- Solidarität
- Subsidiarität

## Grundnormen der Sozialpolitik in Deutschland

- Eigenverantwortung
  - Zugrunde liegendes Gerechtigkeitsprinzip: Leistungsgerechtigkeit
  - Institutionalisierung: Versicherungspflicht, Äquivalenzprinzip
- Solidarität
- Subsidiarität

## Grundnormen der Sozialpolitik in Deutschland

- Eigenverantwortung
- Solidarität
  - Zugrunde liegende Gerechtigkeitsprinzipien: Bedarf, Gleichheit
  - Institutionalisierung: progressive Steuerpolitik, Solidarprinzip in der Sozialversicherung
- Subsidiarität

## Grundnormen der Sozialpolitik in Deutschland

- Eigenverantwortung
- Solidarität
- Subsidiarität
  - „Vorrangigkeit der kleineren Einheit“, Ursprung: katholische Soziallehre
  - Zugrunde liegende Prinzipien: Eigenverantwortung, Hilfespflicht
  - Institutionalisierung: nachrangige Grundsicherung, Bedürftigkeitsprüfung, Beistandspflicht von Angehörigen

## Das Bismarcksche Sozialversicherungssystem als Kern des deutschen Sozialstaats

- Gesetzliche Renten-, Kranken- und Unfallversicherung (1883-89), gesetzliche Arbeitslosenversicherung (1927)
- Grundprinzipien
  - Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken
  - Pflichtversicherung für Arbeitnehmer
  - Paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber
  - Vom Staatshaushalt unabhängige Sozialversicherungskassen
- Expansion und Reformen
  - Absicherung weiterer Gruppen (Angestellte, teilw. Selbständige, Familienangehörige)
  - Leistungsausweitung
  - aktivierende Arbeitsmarktpolitik („Hartz-Reformen 2003-5)

# Aktuelle Herausforderungen

- Wirtschaftspolitik
  - Umgang mit digitalem Strukturwandel
  - Zukunft der Europäischen Union
  - Sicherung von Wettbewerb angesichts global agierender Unternehmen mit Monopolstellung (Facebook, Google, Amazon...)
- Sozialpolitik
  - demographischer Wandel: immer weniger Erwerbstätige müssen immer mehr Renten finanzieren (teilweise abgefangen durch steigende Frauenerwerbstätigkeit)
  - Umgang mit sozialer Ungleichheit
  - Sicherung von Chancengleichheit: Erfolg darf nicht von sozialer Herkunft abhängen!